

EINSCHÄTZUNG

► Was bedeuten die Wahlen im Westen für demokratisch Engagierte?

April 2026

Im März 2026 fanden in vier westdeutschen Bundesländern Wahlen statt: in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Landtagswahlen, in Bayern und Hessen Kommunalwahlen. Die extrem rechte AfD konnte zwar nicht flächendeckend Gewinne erzielen, aber mindestens regional Erfolge feiern. In Rheinland-Pfalz etwa hat sie ihr Ergebnis mit 19,5 Prozent mehr als verdoppelt – und damit ihre höchste Zustimmung bei einer Landtagswahl in Westdeutschland erreicht.

Was bedeuten die Wahlergebnisse für Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren? Welche Unterstützung brauchen sie jetzt? Wir haben bei unseren Kolleg*innen der Mobilen Beratung in den vier Bundesländern nachgefragt.

„ Heval Demirdöğen, Fach- und Beratungsstelle mobirex (Baden-Württemberg)

„Mit 18,8 Prozent erreicht die AfD ihr bislang höchstes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Westdeutschland. Der Wahlausgang zeigt damit eine deutlich gestiegene Zustimmung zu extrem rechten und demokratiefeindlichen Positionen auch in Baden-Württemberg. Für Menschen, Initiativen und Projekte, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Menschenrechte engagieren, verändern sich damit die Bedingungen ihres Engagements. Besonders in kleineren Gemeinden ist dieses Engagement oft sichtbarer und damit häufiger Diffamierungen, Einschüchterungen oder Angriffen ausgesetzt. Engagierte vor Ort brauchen weiterhin gesellschaftlichen Rückhalt, politische Rückendeckung und konkrete Unterstützung.“

„ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern

„Die AfD konnte bei den Kommunalwahlen in Bayern nicht an das Ergebnis der Bundestagswahl 2026 anknüpfen. Das ist sicherlich auch der Erfolg einer aktiven Zivilgesellschaft, die sich vor Ort gegen die Partei gestellt hat. Vielerorts verzeichnete die AfD dennoch einen deutlichen Zuwachs an Gemeinderats- und Kreistagssitzen. Durch die nun häufig erreichte Fraktionsstärke gewinnt sie auch in Bayern mehr Einfluss und Rechte im kommunalpolitischen Raum. Menschen, die von Hass und Hetze betroffen sind, geraten noch stärker ins Visier – die engagierte Zivilgesellschaft noch weiter unter Druck. Wir warnen davor, dieses Ergebnis zu verharmlosen – auch wenn die AfD ihre Ziele vielerorts verpasst hat.“

„ MBT Hessen und Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen

„Nach der Kommunalwahl in Hessen ist damit zu rechnen, dass der Druck auf Zivilgesellschaft aus Politik und teilweise auch Medien weiter ansteigen wird. Zwar ist es der AfD nicht gelungen, flächendeckend Kandidat:innen aufzustellen, sie konnte aber in Großstädten und Kreistagen ihr Ergebnis im Vergleich zur Bundestagswahl stabilisieren. Das kann bedeuten, dass Engagement für eine offene Gesellschaft in lokalen und kommunalen Parlamenten angegriffen und die Vergabe öffentlicher Mittel in Frage gestellt wird. Deswegen braucht es jetzt und in den kommenden Jahren weiterhin Rückendeckung vor Ort und überregional für Engagierte, Projekte und zivilgesellschaftliche Träger, die sich vor Ort für eine vielfältige und lebenswerte Demokratie einsetzen.“

” Andreas Haupenthal, Palais e.V. / Regionalstelle West der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

„Das Wahlergebnis der AfD zeigt, vor welchen gesellschaftlichen Herausforderungen wir stehen. Wir müssen uns daher noch stärker für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Hierzu brauchen wir eine engagierte Zivilgesellschaft, eine breite Rücken- deckung von Politik und Institutionen sowie eine Stärkung von Förderprogrammen wie „Demokratie leben!“. Gerade in Zeiten wachsender Verunsicherung benötigen Men- schen – insbesondere Kinder und Jugendliche – Sicherheit, Orientierung und Ver- trauen. Freie Träger der Jugendhilfe leisten hierzu einen unverzichtbaren Beitrag, in- dem sie jungen Menschen verlässliche Räume bieten, in denen sie demokratische Werte erleben, sich ausprobieren und in ihrer persönlichen Entwicklung gestärkt wer- den.“

KONTAKT

✉ kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

☎ 0351 5005416

BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von rund 50 Mobilen Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten. Wir ver- netzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner*innen für Politik und Medien zur Verfügung.

V.i.S.d.P.:

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Bundesverbands Mobile Beratung e.V.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**